

MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Ausgabe A

24. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 13. Mai 1971

Nummer 66

Inhalt

I.

Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBl. NW.) aufgenommen werden.

Glied.-Nr.	Datum	Titel	Seite
20310	15. 4. 1971	Gem. RdErl. d. Finanzministers u. d. Innenministers Sechszwanzigster Tarifvertrag zur Änderung und Ergänzung des Bundes-Angestelltentarifvertrages vom 19. Februar 1971	892
203208	19. 4. 1971	RdErl. d. Finanzministers Verwaltungsvorschriften über Dienst- und Werkdienstwohnungen	893
21210	17. 3. 1971	Änderung der Beitragsordnung der Apothekerkammer Westfalen-Lippe	893
21703	20. 4. 1971	RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales Kriegsfolgenhilfe; Nachweis der Kosten der ambulanten ärztlichen und zahnärztlichen Behandlung und sonstigen Heilmittel für Zugewanderte aus der SBZ	894
26	23. 4. 1971	RdErl. d. Innenministers Ausländerrecht; Verzeichnis der Ausländerbehörden des Bundesgebietes	894
764	15. 4. 1971	RdErl. d. Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr Prüfung der öffentlich-rechtlichen Sparkassen	899
79023	26. 3. 1971	RdErl. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Durchführungsbestimmungen für die Gewährung von Bundeszuschüssen zur Förderung forstlicher Vorhaben (Agrarstruktur)	899
8300	26. 4. 1971	RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales Berücksichtigung von Leistungen nach den §§ 44 und 45 des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG) bei Feststellung der Ausgleichsrente nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG)	899

II.

Veröffentlichungen, die nicht in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBl. NW.) aufgenommen werden.

Datum	Titel	Seite
	Innenminister	
21. 4. 1971	RdErl. — Fälschungen von Aufenthaltserlaubnissen in türkischen Pässen	899
23. 4. 1971	RdErl. — Preise für Personalausweis- und Paßvordrucke	899
	Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr	
13. 1. 1971	Bek. — Ungültigkeit von Dienstausweisen	900
	Justizminister	
	Stellenausschreibung für das Verwaltungsgericht in Düsseldorf	904
	Landschaftsverband Rheinland	
10. 5. 1971	Bek. — 6. Tagung der 5. Landschaftsversammlung	904
	Personalveränderungen	
	Innenminister	900
	Landesrechnungshof	901
	Hinweise	
	Inhalt des Gemeinsamen Amtsblattes des Kultusministeriums und des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung	
	2. Sonderheft — April 1971	902
	3. Sonderheft — April 1971	903

20310

I.
**Sechszwanzigster Tarifvertrag
zur Änderung und Ergänzung des
Bundes-Angestelltentarifvertrages
vom 19. Februar 1971**

Gem. RdErl. d. Finanzministers — B 4100 — 1.2 —
IV 1 — u. d. Innenministers — II A 2 — 7.20.01 — 1/71 —
v. 15. 4. 1971

A.

Nachstehenden Tarifvertrag, durch den der Bundes-Angestelltentarifvertrag (BAT) vom 23. Februar 1961, bekanntgegeben mit dem Gem. RdErl. d. Finanzministers u. d. Innenministers v. 24. 2. 1961 (SMBI. NW. 20310), geändert und ergänzt wird, geben wir bekannt:

**Sechszwanzigster Tarifvertrag
zur Änderung und Ergänzung des
Bundes-Angestelltentarifvertrages
vom 19. Februar 1971**

Zwischen

der Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch den Bundesminister des Innern,
der Tarifgemeinschaft deutscher Länder,
vertreten durch den Vorsitz der Vorstandes,
der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände,
vertreten durch den Vorstand,

einerseits

und

der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und
Verkehr
— Hauptvorstand —,
der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft
— Bundesvorstand —

andererseits

wird folgendes vereinbart:

§ 1

Änderung und Ergänzung des BAT

Bei der Weiteranwendung des gekündigten Bundes-Angestelltentarifvertrages (BAT) sind die nachstehenden Vorschriften in der folgenden Fassung anzuwenden:

1. § 24 Abs. 3 erhält die folgende Fassung:

(3) Die persönliche Zulage bemißt sich aus dem Unterschied zwischen der Vergütung, die dem Angestellten zustehen würde, wenn er in die höhere Vergütungsgruppe eingruppiert wäre, und der Vergütung der Vergütungsgruppe, in die er eingruppiert ist. Zu den Vergütungen im Sinne des Satzes 1 gehören

- a) die Grundvergütung,
- b) der Ortszuschlag,
- c) der örtliche Sonderzuschlag,
- d) Zulagen mit Ausnahme der Zulagen nach § 33.

2. § 27 Abschn. A in der für den Bereich des Bundes und für den Bereich der Tarifgemeinschaft deutscher Länder anzuwendenden Fassung wird wie folgt geändert und ergänzt:

- a) In Absatz 3 Satz 1 werden die Worte „(Absatz 2)“ durch die Worte „(Absatz 2 oder Absatz 6)“ ersetzt.
- b) Absatz 4 Satz 1 erhält die folgende Fassung:
Wird der Angestellte herabgruppiert, erhält er in der niedrigeren Vergütungsgruppe die Grundvergütung, die dem für die Festsetzung der Grundvergütung in der verlassenen Vergütungsgruppe maßgebenden Lebensalter (Absatz 2 oder Absatz 6) entspricht.

3. § 27 Abschn. A Abs. 3 Unterabs. 2 Buchst. a in der für den Bereich der Vereinigung der kommunalen Ar-

beitgeberverbände anzuwendenden Fassung wird wie folgt geändert:

- a) In Doppelbuchstabe aa werden die Worte „nach Stufen“ durch die Worte „nach diesem Abschnitt“ ersetzt.
- b) In Doppelbuchstabe bb werden die Worte „nicht nach Stufen“ durch die Worte „nach § 27 Abschn. A dieses Tarifvertrages in der für den Bereich des Bundes und für den Bereich der Tarifgemeinschaft deutscher Länder geltenden Fassung“ ersetzt.

4. In der Protokollnotiz zu § 37 Abs. 3 Satz 2 Buchst. c werden die Worte „Überstunden und Bereitschaftsdienst“ durch die Worte „Überstunden, Bereitschaftsdienst und Rufbereitschaft“ ersetzt.

5. Dem § 47 Abs. 7 Unterabs. 2 wird der folgende Satz angefügt:

Könnte der Urlaub wegen Arbeitsunfähigkeit des Angestellten nicht bis zum Ende des Übertragungszeitraums nach Satz 2 oder Satz 3 angetreten werden, ist er bis zum Ende des Urlaubsjahres anzutreten, in das er übertragen worden ist.

6. § 63 Abs. 5 Satz 3 erhält die folgende Fassung:

Bei Angestellten, die wegen Erreichens der Altersgrenze (§ 60) oder infolge Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit (§ 59) aus dem Arbeitsverhältnis ausgeschieden sind, gelten als laufender Bezug im Sinne des Satzes 2 auch 1,25 v. H. monatlich der doppelten Summe der Beiträge, die ein Arbeitgeber als Zuschuß zu den Beiträgen zu einer öffentlich-rechtlichen Versicherungs- oder Versorgungseinrichtung im Sinne des § 7 Abs. 2 AVG oder zu einer Lebensversicherung des Angestellten gezahlt hat.

7. § 65 erhält die folgende Fassung:

§ 65

Dienstwohnungen (Werkdienstwohnungen)

Für die Zuweisung von Dienstwohnungen (Werkdienstwohnungen) und für die Bemessung der Dienstwohnungsvergütung (Werkdienstwohnungsvergütung) gelten die Bestimmungen des Arbeitgebers über Dienstwohnungen (Werkdienstwohnungen) in der jeweiligen Fassung.

8. Nr. 16 SR 2 d wird wie folgt geändert und ergänzt:

- a) In der Überschrift wird das Wort „Werkdienstwohnungen“ durch die Worte „Dienstwohnungen (Werkdienstwohnungen)“ ersetzt.
- b) Im einzigen Satz werden die Worte „Vorschriften über Bundesdienstwohnungen (Dienstwohnungsverordnungen — DWV —) vom 30. Januar 1937 (RBB. S. 9)“ durch die Worte „Allgemeine Verwaltungsvorschrift über die Bundesdienstwohnungen (Dienstwohnungsverordnungen — DWV —) vom 16. Februar 1970 (GMBI. S. 99, MinBlFin. S. 130/132)“ ersetzt.

§ 2

Inkrafttreten

Dieser Tarifvertrag tritt am 1. März 1971 in Kraft.

Stuttgart, den 19. Februar 1971

B.

Abschnitt II der Durchführungsbestimmungen zum Bundes-Angestelltentarifvertrag (BAT), die mit dem Gem. RdErl. d. Finanzministers u. d. Innenministers v. 24. 4. 1961 (SMBI. NW. 20310) bekanntgegeben worden sind, wird mit Wirkung vom 1. März 1971 an wie folgt geändert und ergänzt:

1. In Nummer 15 wird der folgende Buchstabe d angefügt:

- d) Die Zulagen nach § 33 gehören nicht zu den Vergütungen im Sinne des § 24 Abs. 3 Satz 1. Ob

und ggf. in welcher Höhe diese Zulagen während der Dauer der höherwertigen Tätigkeit weiter zu gewähren sind, richtet sich nach den einschlägigen Vorschriften (z.B. nach dem Tarifvertrag über die Gewährung von Zulagen gemäß § 33 Abs. 1 Buchst. c BAT vom 11. Januar 1962).

2. In Nummer 16 Buchstabe c **Zu Absatz 3** wird im Satz 3 (Klammersatz) die Paragraphenbezeichnung „§ 27 Abschn. A Abs. 2 BAT“ durch die Paragraphenbezeichnung „§ 27 Abschn. A Abs. 2 oder 6 BAT“ ersetzt.
3. In Nummer 16 Buchstabe d **Zu Absatz 4** werden in den drei Beispielen jeweils im ersten Satz die Worte „am 15. November 1970“ durch die Worte „mit Wirkung vom 1. Dezember 1970“ ersetzt.
4. Nummer 24 Buchstabe b Satz 2 erhält die folgende Fassung:
Nur wenn er aus dienstlichen oder betrieblichen Gründen bzw. wegen Arbeitsunfähigkeit nicht bis zum Ende des Urlaubsjahres angetreten werden konnte, ist der Urlaub zu übertragen und innerhalb der tariflich vereinbarten Fristen anzutreten.
5. Nummer 34 Buchstabe c Satz 4 erhält die folgende Fassung:
Als laufender Bezug, um den das Übergangsgeld zu kürzen ist, gelten ab 1. März 1971 in den Fällen, in denen Angestellte wegen Erreichens der Altersgrenze (§ 60) oder infolge Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit aus dem Arbeitsverhältnis ausscheiden, auch 1,25 v.H. monatlich der doppelten Summe der Beiträge, die ein Arbeitgeber als Zuschuß zu den Beiträgen zu einer öffentlich-rechtlichen Versicherungs- oder Versorgungseinrichtung im Sinne des § 7 Abs. 2 AVG oder zu einer Lebensversicherung des Angestellten gezahlt hat.

— MBl. NW. 1971 S. 892.

203208

Verwaltungsvorschriften über Dienst- und Werkdienstwohnungen

RdErl. d. Finanzministers v. 19. 4. 1971 —
B 2730 — 0.1.1 — IV A 4

Mein RdErl. v. 9. 11. 1965 (SMBl. NW. 203208) wird im Einvernehmen mit dem Innenminister und dem Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales wie folgt geändert:

1. In Nummer 1.1 wird nach Satz 2 folgender Satz angefügt:
Repräsentationspflichten allein rechtfertigen nicht die Zuweisung einer Dienstwohnung.
2. Nummer 1.4.1 erhält folgende Fassung:
Ein Anspruch auf eine bestimmte Größe der Dienstwohnung besteht nicht. Die Größe neu zu errichtender oder anzumietender Dienstwohnungen muß den dienstlichen Notwendigkeiten entsprechen. Im allgemeinen dürfen folgende Wohnflächen nicht überschritten werden:
Bei Beamten, denen Dienstwohnungen mit Empfangsräumen zugewiesen werden, 160 qm
bei Beamten, denen auf Grund ihrer dienstlichen Aufgaben neben dem üblichen Wohnbedarf ein Arbeitszimmer oder ein Dienstraum zugestanden wird, 125 qm
bei sonstigen Beamten 100 qm.
Eine Überschreitung ist nur bei Vorliegen besonderer Gründe mit Zustimmung der obersten Dienstbehörde zulässig. Als Wohnfläche gilt die Grundfläche der gesamten Wohnung; im übrigen finden die §§ 42 bis 44 der Zweiten Berechnungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Dezember 1970 (BGBl. I S. 1681) entsprechende Anwendung.

3. Nach Nummer 1.9.2 ist folgende Nummer 1.9.3 anzufügen:

Der Dienstwohnungsinhaber muß Einbauten und Vorrichtungen, mit denen er die Dienstwohnung versehen hat, entfernen und auf seine Kosten den früheren Zustand wiederherstellen, soweit dies bei der Genehmigung nach § 6 Abs. 1 Satz 2 DWVO bestimmt worden ist. Die aufsichtführende Behörde kann Ausnahmen von Satz 1 zulassen. Sie kann verlangen, daß Einbauten und Vorrichtungen gegen Wertersatz in der Dienstwohnung verbleiben, es sei denn, daß der Dienstwohnungsinhaber an der Entfernung ein berechtigtes Interesse hat.

4. In Nummer 2 wird Satz 2 gestrichen.

— MBl. NW. 1971 S. 893.

21210

Änderung der Beitragsordnung der Apothekerkammer Westfalen-Lippe Vom 17. März 1971

Die Kammerversammlung der Apothekerkammer Westfalen-Lippe hat in ihrer Sitzung vom 17. 3. 1971 aufgrund von § 17 des Gesetzes über die Kammern und die Berufsgerichtsbarkeit der Ärzte, Apotheker, Tierärzte und Zahnärzte vom 3. Juni 1954 (GS. NW. S. 376), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. Januar 1970 (GV. NW. S. 44), — SGV. NW. 2122 — folgende Änderung der Beitragsordnung beschlossen, die durch Erlaß des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen vom 19. 4. 1971 — VI B 1 — 15.03.94 — genehmigt worden ist.

Artikel I

Die Beitragsordnung der Apothekerkammer Westfalen-Lippe vom 20. März 1968 (SMBl. NW. 21210) wird wie folgt geändert:

§ 1 Abs. 2 wird durch folgende Fassung ersetzt:

(2) Die Inhaber der im Bereich der Apothekerkammer Westfalen-Lippe liegenden Apotheken werden wie folgt veranlagt:

Gruppe	Jahresumsatz DM	Grundbeitrag pro Quartal DM	Zuschlag pro Quartal DM	Gesamtbeitrag pro Quartal DM
I	bis 50 000	50,—	—	50,—
II	bis 100 000	50,—	—	50,—
III	bis 150 000	50,—	—	50,—
IV	bis 200 000	50,—	—	50,—
V	bis 250 000	50,—	—	50,—
VI	bis 300 000	50,—	21,—	71,—
VII	bis 350 000	50,—	37,50	87,50
VIII	bis 400 000	50,—	48,—	98,—
IX	bis 450 000	50,—	48,—	98,—
X	bis 500 000	50,—	48,—	98,—
XI	bis 550 000	50,—	60,—	110,—
XII	bis 600 000	50,—	60,—	110,—
XIII	bis 650 000	50,—	60,—	110,—
XIV	bis 700 000	50,—	60,—	110,—
XV	bis 750 000	50,—	67,50	117,50
XVI	bis 800 000	50,—	67,50	117,50
XVII	bis 850 000	50,—	67,50	117,50
XVIII	bis 900 000	50,—	75,—	125,—
XIX	bis 950 000	50,—	75,—	125,—
XX	über 950 000	50,—	75,—	125,—

Artikel II

§ 4 Abs. 4 Buchstabe d) der Beitragsordnung wird durch folgende Neufassung ersetzt:

- d) Apotheker, die ihre Apotheke verpachtet, übertragen oder verkauft haben und selbst als Mitarbeiter tätig sind.

Artikel III

Diese Änderungen treten mit Wirkung vom 1. Januar 1971 in Kraft.

— MBl. NW. 1971 S. 893.

21703

Kriegsfolgenhilfe**Nachweis der Kosten****der ambulanten ärztlichen und zahnärztlichen Behandlung und sonstigen Heilmittel für Zugewanderte aus der SBZ**

RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales v. 20. 4. 1971 — IV A 3 — 5141.0

Der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit hat im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen erneut darauf hingewiesen, daß die schlüsselmäßige Abrechnung der Kosten der ambulanten ärztlichen und zahnärztlichen Behandlung, Arzneien und sonstigen Heilmittel für Zugewanderte aus der SBZ unzulässig sei; zur Begründung hat er folgendes ausgeführt:

„Die im Lande Nordrhein-Westfalen zum Teil gehandhabte pauschale Abrechnung der Kosten der ambulanten ärztlichen und zahnärztlichen Behandlung, der Arzneien und sonstigen Heilmittel für Zugewanderte besteht nach den Feststellungen des Bundesrechnungshofes im Bundesgebiet allein. Schon aus Gründen der Gleichbehandlung wäre ich nicht in der Lage, für Nordrhein-Westfalen eine Sonderregelung zuzulassen. Auch in Nordrhein-Westfalen wird das Bedürfnis für eine pauschalierte Abrechnung dieser Kosten nur vereinzelt behauptet. Selbst aus diesen Äußerungen geht hervor, daß die Aufwendungen für Zugewanderte finanziell nicht ins Gewicht fallen. Dies mag jedoch örtlich verschieden sein.

Nach meiner Ansicht muß jeder Kostenträger für sich entscheiden, ob der Verwaltungsaufwand, der mit einer Anforderung von Erstattungsleistungen bei Dritten verbunden ist, im Verhältnis zum voraussichtlichen finanziellen Ergebnis steht. Wo dies negativ zu beantworten ist, sollte der Kostenträger sich den Fortfall des Verwaltungsaufwandes als Vorteil gegenüber dem Verzicht auf Erstattungsleistungen Dritter anrechnen. Dies würde auch die anderen beteiligten Stellen von 'unrentablen' Verwaltungsarbeiten entlasten.“

Ich bitte, dieses Schreiben des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit sowie meinen RdErl. v. 18. 9. 1969 (SMBL. NW. 21703) zu beachten.

— MBl. NW. 1971 S. 894.

26

Ausländerrecht**Verzeichnis der Ausländerbehörden
des Bundesgebietes**

RdErl. d. Innenministers v. 23. 4. 1971 — I C 3/43.20

Die Anlage 1 meines RdErl. v. 8. 8. 1967 (SMBL. NW. 26) erhält folgende Fassung:

Anlage Regierungsbezirk Südwürttemberg-Hohenzollern**Verzeichnis
der Ausländerbehörden des Bundesgebietes****Stand: 1. Januar 1971****Land Baden-Württemberg****Regierungsbezirk Nordwürttemberg****Bürgermeisterämter:**

001 Aalen	010 Kirchheim unter Teck
002 Backnang	011 Kornwestheim
620 Bietigheim	012 Leonberg
003 Böblingen	013 Ludwigsburg
004 Eßlingen am Neckar	014 Nürtingen
005 Fellbach	619 Schorndorf
006 Geislingen an der Steige	015 Schwäbisch Gmünd
007 Göppingen	016 Schwäbisch Hall
008 Heidenheim an der Brenz	017 Sindelfingen
009 Heilbronn	018 Ulm
	019 Stuttgart
	020 Waiblingen

Landratsämter:

021 Aalen	031 Leonberg
022 Backnang	032 Ludwigsburg
023 Mergentheim	033 Nürtingen
024 Böblingen	034 Öhringen
025 Crailsheim	035 Schwäbisch Gmünd
026 Eßlingen	036 Schwäbisch Hall
027 Göppingen	037 Ulm
028 Heidenheim	038 Vaihingen
029 Heilbronn	039 Waiblingen
030 Künzelsau	

Regierungsbezirk Nordbaden**Bürgermeisterämter:**

040 Bruchsal	044 Mannheim
041 Ettlingen	045 Pforzheim
042 Heidelberg	046 Weinheim
043 Karlsruhe	

Landratsämter

047 Bruchsal	052 Mosbach
048 Buchen	053 Pforzheim
049 Heidelberg	054 Sinsheim
050 Karlsruhe	055 Tauberbischofsheim
051 Mannheim	

Regierungsbezirk Südbaden**Bürgermeisterämter:**

056 Baden-Baden	060 Lörrach
057 Freiburg im Breisgau	061 Offenburg
617 Gaggenau	062 Rastatt
058 Konstanz	063 Singen (Hohentwiel)
059 Lahr	064 Villingen

Landratsämter:

065 Bühl	075 Offenburg
066 Donaueschingen	076 Rastatt
067 Emmendingen	077 Säckingen
068 Freiburg	078 Stockach
069 Kehl	079 Überlingen
070 Konstanz	080 Villingen
071 Lahr	081 Waldshut
072 Lörrach	082 Wolfach
073 Müllheim	
074 Hochschwarzwald in Neustadt im Schwarzwald	

Bürgermeisterämter:

083 Biberach an der Riß	088 Schwenningen am Neckar
084 Ebingen	
085 Friedrichshafen	089 Tübingen
086 Ravensburg	090 Tuttlingen
087 Reutlingen	

Landratsämter:

091 Balingen	100 Reutlingen
092 Biberach	101 Rottweil
093 Calw	102 Saulgau
094 Ehingen	103 Sigmaringen
095 Freudenstadt	104 Tettnang
096 Hechingen	105 Tübingen
097 Horb	106 Tuttlingen
098 Münsingen	107 Wangen
099 Ravensburg	

Land Bayern**Regierungsbezirk Oberbayern****Kreisfreie Städte:**

108 Bad Reichenhall	112 München
109 Freising	113 Rosenheim
110 Ingolstadt	114 Traunstein
111 Landsberg a. Lech	

Landratsämter:

115 Aichach	128 Laufen
116 Altötting	129 Miesbach
117 Bad Aibling	130 Mühldorf
118 Bad Tölz	131 München
119 Berchtesgaden	132 Pfaffenhofen a. d. Ilm
120 Dachau	133 Rosenheim
121 Ebersberg	134 Schongau
122 Erding	135 Schrobenhausen
123 Freising	136 Starnberg
124 Fürstenfeldbruck	137 Traunstein
125 Garmisch-Partenkirchen	138 Wasserburg a. Inn
126 Ingolstadt	139 Weilheim
127 Landsberg a. Lech	140 Wolfratshausen

Regierungsbezirk Niederbayern**Kreisfreie Städte:**

141 Deggendorf	143 Passau
142 Landshut	144 Straubing

Landratsämter:

145 Bogen	156 Mallersdorf
146 Deggendorf	157 Passau
147 Dingolfing	158 Pfarrkirchen
148 Eggenfelden	159 Regen
149 Grafenau	160 Rottenburg
150 Griesbach i. Rottal	161 Straubing
151 Kelheim	162 Viechtach
152 Kötzing	163 Vilsbiburg
153 Landau a. d. Isar	164 Vilshofen
154 Landshut	165 Wegscheid
155 Mainburg	166 Wolfstein

Regierungsbezirk Oberpfalz**Kreisfreie Städte:**

167 Amberg	170 Schwandorf i. Bay.
168 Neumarkt i. d. OPf.	171 Weiden
169 Regensburg	

Landratsämter:

172	Amberg	182	Oberviechtach
173	Beilngries	183	Parsberg
174	Burglengenfeld	184	Regensburg
175	Cham	185	Riedenburg
176	Eschenbach i. d. OPf.	186	Roding
177	Kemnath	187	Sulzbach-Rosenberg
178	Nabburg	188	Tirschenreuth
179	Neumarkt i. d. OPf.	189	Vohenstrauß
180	Neunburg vorm Wald	190	Waldmünchen
181	Neustadt a. d. Waldnaab		

Regierungsbezirk Oberfranken**Kreisfreie Städte:**

191	Bamberg	196	Kulmbach
192	Bayreuth	197	Marktredwitz
193	Coburg	198	Neustadt b. Coburg
194	Forchheim	199	Selb
195	Hof		

Landratsämter:

200	Bamberg	209	Lichtenfels
201	Bayreuth	210	Münchberg
202	Coburg	211	Naila
203	Ebermannstadt	212	Pegnitz
204	Forchheim	213	Rehau
205	Höchstädt a. d. Aisch	214	Stadtsteinach
206	Hof	215	Staffelstein
207	Kronach	216	Wunsiedel
208	Kulmbach		

Regierungsbezirk Mittelfranken**Kreisfreie Städte:**

217	Ansbach	222	Rothenburg ob der Tauber
218	Eichstätt	223	Schwabach
219	Erlangen	224	Weißenburg i. Bay.
220	Fürth		
221	Nürnberg		

Landratsämter:

225	Ansbach	234	Lauf (Pegnitz)
226	Dinkelsbühl	235	Neustadt a. d. Aisch
227	Eichstätt	236	Nürnberg
228	Erlangen	237	Rothenburg ob der Tauber
229	Feuchtwangen	238	Scheinfeld
230	Fürth	239	Schwabach
231	Gunzenhausen	240	Uffenheim
232	Hersbruck	241	Weißenburg i. Bay.
233	Hilpoltstein		

Regierungsbezirk Unterfranken**Kreisfreie Städte:**

242	Aschaffenburg	245	Schweinfurt
243	Bad Kissingen	246	Würzburg
244	Kitzingen		

Landratsämter:

247	Alzenau i. UFr.	258	Karlstadt
248	Aschaffenburg	259	Kitzingen
249	Bad Kissingen	260	Königshofen i. Grabfeld
250	Bad Neustadt an der Saale	261	Lohr a. Main
251	Brückenau	262	Marktheidenfeld
252	Ebern	263	Mellrichstadt
253	Gemünden	264	Miltenberg
254	Gerolzhofen	265	Obernburg
255	Hammelburg	266	Ochsenfurt
256	Haßfurt	267	Schweinfurt
257	Hofheim i. UFr.	268	Würzburg

Regierungsbezirk Schwaben**Kreisfreie Städte:**

269	Augsburg	274	Lindau
270	Dillingen a. d. Donau	275	Memmingen
271	Günzburg	276	Neuburg a. d. Donau
272	Kaufbeuren	277	Neu-Ulm
273	Kempten (Allgäu)	278	Nördlingen

Landratsämter:

279	Augsburg	289	Lindau
280	Dillingen a. d. Donau	290	Marktoberdorf
281	Donauwörth	291	Memmingen
282	Friedberg	292	Mindelheim
283	Füssen	293	Neuburg a. d. Donau
284	Günzburg	294	Neu-Ulm
285	Illertissen	295	Nördlingen
286	Kaufbeuren	296	Schwabmünchen
287	Kempten (Allgäu)	297	Sonthofen
288	Krumbach (Schwaben)	298	Wertingen

Berlin

299 Der Polizeipräsident in Berlin

Bremen

300 Stadt- und Polizeiamt Bremen
 301 Stadt Bremerhaven — Ortspolizeibehörde —

Hamburg

302 Behörde für Inneres — Amt für Innere Verwaltung — Ausländerabteilung —

Land Hessen**In den kreisfreien Städten:**

303	Der Oberbürgermeister — Polizeipräsident —	Darmstadt
304	"	Frankfurt a. M.
305	"	Kassel
306	"	Offenbach
307	"	Wiesbaden
308	Der Oberbürgermeister — Polizeidirektor —	Fulda
309	"	Gießen
310	"	Hanau
311	"	Marburg/Lahn

Landratsämter:**Regierungsbezirk Darmstadt:**

312	Der Landrat des Landkreises	Alsfeld
313	" " " "	Bergstraße in Heppenheim
314	" " " "	Biedenkopf
315	" " " "	Büdingen
316	" " " "	Darmstadt
317	" " " "	Dieburg
318	" " " "	Dillkreises in Dillenburg
319	" " " "	Erbach/Odw.
320	" " " "	Friedberg/Hessen
321	" " " "	Gelnhausen
322	" " " "	Gießen
323	" " " "	Groß-Gerau
324	" " " "	Hanau
325	" " " "	Lauterbach
326	" " " "	Limburg/Lahn
327	" " " "	Main-Taunus-Kreises in Ffm.-Höchst
328	" " " "	Oberlahnkreises in Weilburg
329	" " " "	Obertaunuskreises in Bad Homburg v. d. H.
330	" " " "	Landkreises Offenbach
331	" " " "	Rheingaukreises in Rudesheim
332	" " " "	Landkreises Schlüchtern
333	" " " "	Untertaunuskreises in Bad Schwalbach
334	" " " "	Landkreises Usingen
335	" " " "	Wetzlar

Regierungsbezirk Kassel:

323	Der Landrat des Landkreises	Eschwege
324	" " " "	Frankenberg
325	" " " "	Fritzlar-Homberg in Fritzlar
326	" " " "	Fulda
327	" " " "	Hersfeld
328	" " " "	Hofgeismar
329	" " " "	Hünfeld
330	" " " "	Kassel
331	" " " "	Marburg/Lahn
332	" " " "	Melsungen
333	" " " "	Rotenburg/Fr.
334	" " " "	Waldeck in Korbach
335	" " " "	Witzenhausen
336	" " " "	Wolfhagen
337	" " " "	Ziegenhain

Land Niedersachsen**Regierungsbezirk Hannover****Stadtverwaltungen:**

351	Hameln	352	Hannover
-----	--------	-----	----------

Landkreisverwaltungen:

355	Grafschaft Diepholz in Diepholz	359	Hannover
356	Grafschaft Hoya in Syke	360	Neustadt a. Rbge.
357	Grafschaft Schaumburg in Rinteln	361	Nienburg (Weser)
358	Hameln-Pyrmont in Hameln	362	Springe
		363	Schaumburg-Lippe in Stadthagen

Regierungsbezirk Hildesheim**Stadtverwaltungen:**

364	Göttingen	365	Hildesheim
-----	-----------	-----	------------

Landkreisverwaltungen:

370	Alfeld	376	Münden
371	Duderstadt	377	Northeim
372	Einbeck	378	Osterode am Harz
373	Göttingen	379	Peine
374	Hildesheim-Marienburg in Hildesheim	380	Zellerfeld in Clausthal-Zellerfeld
375	Holzminde		

Regierungsbezirk Lüneburg**Stadtverwaltungen:**

381	Celle	385	Wolfsburg
383	Lüneburg		

Landkreisverwaltungen:

386	Burgdorf	391	Lüchow-Dannenberg in Lüchow
387	Celle	392	Lüneburg
388	Fallingb.ostel	393	Soltau
389	Gifhorn	394	Uelzen
390	Harburg in Winsen (Luhe)		

Regierungsbezirk Stade**Stadtverwaltung:**

395	Cuxhaven
-----	----------

Landkreisverwaltungen:

398	Bremervörde	401	Rotenburg (Wümme)
399	Land Hadeln	402	Stade
	in Otterndorf	403	Verden
400	Osterholz in Osterholz-Scharmbeck	404	Wesermünde in Bremerhaven

Regierungsbezirk Osnabrück**Stadtverwaltung:**

405	Osnabrück
-----	-----------

Landkreisverwaltungen:

408	Aschendorf-Hümm- ling in Aschendorf	411	Lingen
409	Bersenbrück	412	Melle
410	Grafschaft Bentheim in Nordhorn	413	Meppen
		414	Osnabrück
		415	Wittlage

Regierungsbezirk Aurich**Stadtverwaltung:**

416	Emden
-----	-------

Landkreisverwaltungen:

419	Aurich	421	Norden
	(Ostfriesland)	422	Wittmund
420	Leer		

Verwaltungsbezirk Braunschweig**Stadtverwaltungen:**

423	Braunschweig	426	Salzgitter
424	Goslar		

Landkreisverwaltungen:

428	Blankenburg in Braunlage	431	Goslar
429	Braunschweig	432	Helmstedt
430	Gandersheim	433	Wolfenbüttel

Verwaltungsbezirk Oldenburg**Stadtverwaltungen:**

434	Delmenhorst	437	Wilhelmshaven
436	Oldenburg (Oldenburg)		

Landkreisverwaltungen:

438	Ammerland in Westerstede	441	Oldenburg (Oldenburg)
439	Cloppenburg	442	Vechta
440	Friesland in Jever	443	Wesermarsch in Brake

Land Nordrhein-Westfalen**Regierungsbezirk Aachen****Stadtverwaltung:**

444	Aachen
-----	--------

Kreisverwaltungen:

445	Aachen	449	Jülich
446	Düren	450	Monschau
447	Erkelenz	451	Schleiden
448	Geilenkirchen- Heinsberg in Geilenkirchen		

Regierungsbezirk Arnsberg**Stadtverwaltungen:**

452	Bochum	458	Iserlohn
453	Castrop-Rauxel	460	Lünen
454	Dortmund	462	Wanne-Eickel
455	Hagen	463	Wattenscheid
456	Hamm	464	Witten
457	Herne		

Kreisverwaltungen:

466	Arnsberg	471	Meschede
467	Brilon	472	Olpe
468	Ennepe-Ruhrkreis in Schwelm	473	Siegen
469	Iserlohn	474	Soest
470	Lippstadt	475	Unna
465	Lüdenscheid	476	Wittgenstein in Berleburg

Regierungsbezirk Detmold

Stadtverwaltungen:

477 Bielefeld

Kreisverwaltungen:

479	Bielefeld	485	Lemgo
480	Büren	486	Lübbecke
481	Detmold	487	Minden
482	Halle	488	Paderborn
483	Herford	489	Warburg
484	Höxter	490	Wiedenbrück

Regierungsbezirk Düsseldorf

Stadtverwaltungen:

491	Düsseldorf	498	Neuss
492	Duisburg	499	Oberhausen
493	Essen	500	Remscheid
494	Krefeld	501	Rheydt
495	Leverkusen	502	Solingen
496	Mönchengladbach	504	Wuppertal
497	Mülheim/Ruhr		

Kreisverwaltungen:

505	Dinslaken	510	Kleve
506	Düsseldorf- Mettmann in Mettmann	511	Moers
507	Geldern	512	Rees in Wesel
508	Grevenbroich	513	Rhein-Wupper-Kreis in Opladen
509	Kempen-Krefeld in Kempen		

Regierungsbezirk Köln

Stadtverwaltungen:

514	Bonn	515	Köln
-----	------	-----	------

Kreisverwaltungen:

516	Bergheim-Erft	521	Rhein.-Berg.-Kreis in Berg. Gladbach
518	Euskirchen	522	Rhein-Sieg-Kreis in Siegburg
519	Köln		
520	Oberbergischer Kreis in Gummersbach		

Regierungsbezirk Münster

Stadtverwaltungen:

523	Bocholt	526	Gladbeck
524	Bottrop	527	Münster
525	Gelsenkirchen	528	Recklinghausen

Kreisverwaltungen:

529	Ahaus	535	Recklinghausen
530	Beckum	536	Steinfurt
531	Borken		in Burgsteinfurt
532	Coesfeld	537	Tecklenburg
533	Lüdinghausen	538	Warendorf
534	Münster		

Land Rheinland-Pfalz

Regierungsbezirk Koblenz

Polizeipräsidium:

560 Koblenz

Landratsämter:

561	Ahrweiler	579	Oberwesterwaldkreis in Westerburg
562	Altenkirchen	569	Rhein-Hunsrück-Kreis in Simmern
563	Birkenfeld	580	Rhein-Lahn-Kreis in Bad Ems
564	Cochem-Zell in Cochem	578	Unterwesterwaldkreis in Montabaur
565	Koblenz		
566	Bad Kreuznach		
567	Mayen		
568	Neuwied		

Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz

Polizeipräsidien:

539	Ludwigshafen	572	Mainz
-----	--------------	-----	-------

Polizeidirektionen:

540	Frankenthal	544	Pirmasens
541	Kaiserslautern	545	Speyer
542	Landau	573	Worms
543	Neustadt/Weinstr.	546	Zweibrücken

Landratsämter:

574	Alzey-Worms in Alzey	553	Landau-Bad Berg- zabern in Landau
548	Bad Dürkheim	554	Ludwigshafen
551	Donnersbergkreis in Kirchheimbolanden	576	Mainz-Bingen in Mainz
549	Germersheim	556	Pirmasens
550	Kaiserslautern	559	Zweibrücken
552	Kusel		

Regierungsbezirk Trier

Polizeidirektion:

582 Trier

Landratsämter:

589	Bernkastel-Wittlich in Wittlich	586	Prüm
584	Bitburg	588	Trier-Saarburg in Trier
585	Daun		

Saarland

Kreisfreie Stadt:

590 Der Oberbürgermeister in Saarbrücken

Landratsämter:

591	Homburg	595	Saarlouis
592	Merzig	596	St. Ingbert
593	Ottweiler	597	St. Wendel
594	Saarbrücken		

Land Schleswig-Holstein

Kreisfreie Städte:

598	Der Oberbürgermeister in	Flensburg
599	"	" Kiel
600	"	" Neumünster
601	" Bürgermeister	" Lübeck

Landkreise:

608	Der Landrat des Kreises	Dithmarschen in Heide
605	" " " "	Flensburg-Land in Flensburg
607	" " " "	Herzogtum Lauenburg in Ratzeburg
606	" " " "	Nordfriesland in Husum
604	" " " "	Ostholstein in Eutin
610	" " " "	Pinneberg
611	" " " "	Plön
612	" " " "	Rendsburg- Eckernförde in Rendsburg
613	" " " "	Schleswig
614	" " " "	Segeberg in Bad Segeberg
615	" " " "	Steinburg in Itzehoe
616	" " " "	Stormarn in Bad Oldesloe

— MBl. NW. 1971 S. 894.

764

Prüfung der öffentlich-rechtlichen Sparkassen

RdErl. d. Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr v. 15. 4. 1971 — II/A 1 — 182 — 56 — 23/71

Mein RdErl. v. 1. 8. 1969 (SMBl. NW. 764) wird wie folgt geändert:

Nr. 2.3 Satz 2 erhält folgende Fassung:

Der Prüfungsbericht schließt mit folgendem Bestätigungsvermerk, der in alle Veröffentlichungen des Jahresabschlusses aufzunehmen ist:

„Die Buchführung, der Jahresabschluß und der Geschäftsbericht entsprechen nach unserer pflichtmäßigen Prüfung Gesetz und Satzung.“

— MBl. NW. 1971 S. 899.

79023

Durchführungsbestimmungen für die Gewährung von Bundeszuschüssen zur Förderung forstlicher Vorhaben (Agrarstruktur)

RdErl. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten v. 26. 3. 1971 — IV A 5 40—02—00.00

Mit Wirkung vom 1. 1. 1971 wird mein RdErl. v. 24. 11. 1969 (SMBl. NW. 79023) wie folgt ergänzt:

1.03 Fichtenkulturen dürfen nur dann bezuschußt werden, wenn die Gesamtpflanzenzahl 3500, in begründeten Ausnahmefällen 4500 Stück/ha nicht übersteigt.

— MBl. NW. 1971 S. 899.

8300

Berücksichtigung von Leistungen nach den §§ 44 und 45 des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG) bei Feststellung der Ausgleichsrente nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG)

RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales v. 26. 4. 1971 — II B 2 — 4202.1 (9/71)

Zu der Frage, wie die Leistungen nach den §§ 44 und 45 AFG bei der Feststellung der Ausgleichsrente nach

dem Bundesversorgungsgesetz zu berücksichtigen sind, hat der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung wie folgt Stellung genommen:

„Nach § 44 AFG wird Teilnehmern an Maßnahmen zur beruflichen Fortbildung unter den dort genannten Voraussetzungen ein Unterhaltsgeld gewährt. Das Unterhaltsgeld besteht aus dem Hauptbetrag und den Familienzuschlägen. Die Höhe des Hauptbetrages richtet sich nach dem Arbeitsentgelt; für die Berechnung gelten die für die Feststellung des Arbeitslosengeldes maßgeblichen Vorschriften. Das Unterhaltsgeld dient ähnlich wie die in § 33 Abs. 2 letzter Halbsatz BVG genannten Leistungen zum Ersatz des vorübergehend nicht erzielbaren Arbeits Einkommens. Ich empfehle daher, das Unterhaltsgeld nach § 44 AFG als „ähnliche Leistung“ im Sinne des § 33 Abs. 2 BVG zu werten und somit bei der Feststellung der Ausgleichsrente als Einkommen aus gegenwärtiger Erwerbstätigkeit zu berücksichtigen.“

Nach § 45 AFG trägt die Bundesanstalt für Arbeit die durch die Fortbildung unmittelbar entstehenden notwendigen Kosten. Die Höhe dieser Leistungen ist unabhängig vom vorher erzielten Arbeitseinkommen und wird auch durch Einkommen aus einer Tätigkeit während der Maßnahme nicht beeinflusst; sie dient allein der Erstattung der dem Teilnehmer tatsächlich entstehenden Kosten. Ich habe keine Bedenken, die Leistungen nach § 45 AFG in entsprechender Anwendung des § 2 Abs. 1 Nr. 7 DVO zu § 33 BVG bei der Feststellung der Ausgleichsrente unberücksichtigt zu lassen.“

Ich bitte, im Sinne der Empfehlung des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung zu verfahren.

— MBl. NW. 1971 S. 899.

II.

Innenminister

Fälschungen von Aufenthaltserlaubnissen in türkischen Pässen

RdErl. d. Innenministers v. 21. 4. 1971 —
I C 3/43.306 — T 10

Es sind einige Fälle festgestellt worden, in denen in türkischen Pässen gefälschte Aufenthaltserlaubnisse des Landrats des Landkreises Hanau eingetragen waren. Wesentliches Erkennungsmerkmal dieser Fälschungen ist ein als Siegel verwendeter Rundstempel mit der Inschrift „Landratsamt Hanau/M.“. Die von der Ausländerbehörde verwendeten Siegel enthalten dagegen die Inschrift „Der Landrat des Landkreises Hanau“ und überdies den Hessischen Löwen.

Sofern derartige Fälschungen festgestellt werden, bitte ich in Zusammenarbeit mit der Polizei der Angelegenheit nachzugehen und ggf. ausländerrechtliche Maßnahmen gegen die Betroffenen einzuleiten.

— MBl. NW. 1971 S. 899.

Preise für Personalausweis- und Paßvordrucke

RdErl. d. Innenministers v. 23. 4. 1971 —
I C 3/38.20/40.27

Die Bundesdruckerei berechnet ab 1. April 1971 folgende Abgabepreise:

- a) Personalausweise
1 Stück 84,2 Pf (bisher 78,2 Pf)
- b) Einzel-, Familien- und Fremdenpässe
1 Stück 1,73 DM (bisher 1,62 DM)
- c) Reiseausweise deutsch/englisch und deutsch/französisch
1 Stück 1,76 DM (bisher 1,67 DM)
- d) Kinderausweise
1 Stück 15 Pf (bisher 14,5 Pf)

- e) Sammelliste als Paßersatz
1 Stück 36 Pf (bisher 35 Pf)
- f) Einreise-, Durchreise- und Wiedereinreise-Sichtvermerke
1 Stück 10 Pf (bisher 9,5 Pf).

Auf die vorstehenden Preise wird keine Mehrwertsteuer erhoben.

— MBl. NW. 1971 S. 899.

Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr

Ungültigkeit von Dienstaussweisen

Bek. d. Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr
v. 13. 1. 1971 — Z/A — BD — 91 — 00

Die vom Landesoberbergamt Nordrhein-Westfalen im Jahre 1970 ausgestellten Dienstaussweise

Nr. I/67

des Bergrats Jürgen Poppek, wohnhaft in Moers, Baeler Straße 62,

Nr. I/141

des Berginspektors zur Anstellung Jürgen Belau, wohnhaft z. Z. der Ausstellung des Dienstaussweises in Datteln, Mozartstraße 26, jetzt wohnhaft in Bergkamen-Overberge, Irisweg 11,

sind in Verlust geraten. Sie werden hiermit für ungültig erklärt. Sollten die Dienstaussweise gefunden werden, wird gebeten, sie dem Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr in Düsseldorf zuzuleiten.

— MBl. NW. 1971 S. 900.

Personalveränderungen

Innenminister

Ministerium

Es sind ernannt worden:

Ministerialrat W. Picard
zum Leitenden Ministerialrat

Regierungsdirektoren

Dr. H. D. Böckenförde,
H. Gallep,
Dr. H. Lehne,
P. P. Schaudes

zu Ministerialräten

Regierungsräte

P. H. von Hagen,
O. Marten,
A. Neugebauer,
A. Rybak

zu Oberregierungsräten

Es ist versetzt worden:

Kriminaldirektor G. Janzik zum Polizeipräsidenten in Düsseldorf

Nachgeordnete Behörden

Es sind ernannt worden:

Statistisches Landesamt Nordrhein-Westfalen

Regierungsdirektor Dr. H. Pohle
zum Leitenden Regierungsdirektor

Landesamt für Besoldung und Versorgung Nordrhein-Westfalen

Regierungsrat H. Stramm
zum Oberregierungsrat

Regierungsoberamtmann J. Fuchs
zum Regierungsrat

Landesvermessungsamt Nordrhein-Westfalen

Oberregierungs- und -vermessungsrat Dr.-Ing. E. Pape
zum Regierungsvermessungsdirektor

Regierungspräsident — Aachen —

Regierungsrat Dr. H. Rabeneck
zum Oberregierungsrat

Regierungspräsident — Arnsberg —

Leitender Regierungsdirektor W. Stich
zum Abteilungsdirektor

Oberregierungsrat W. Manner
zum Regierungsdirektor

Oberregierungs- und -vermessungsrat P.H. Bierwagen
zum Regierungsvermessungsdirektor

Regierungspräsident — Detmold —

Regierungsdirektor G. Johannesmeyer
zum Leitenden Regierungsdirektor

Oberregierungsrat Dr. G. Deppe
zum Regierungsdirektor

Regierungsrat W. Schelhase
zum Oberregierungsrat

Regierungspräsident — Düsseldorf —

Leitender Regierungsdirektor A. Tenter
zum Abteilungsdirektor

Oberregierungsräte

Dr. E. Lefringhausen,
Dr. C. Winter

zu Regierungsdirektoren

Regierungsassessoren

K. G. Ebel,
E. Geissler,
Dr. E.-H. Ritter

zu Regierungsräten

Regierungsbauassessor H.-G. Temme
zum Regierungsbaurat

Regierungspräsident — Köln —

Regierungsdirektor E. Kölschbach
zum Leitenden Regierungsdirektor

Regierungsassessoren

K. Pohlmann,
R. Scheerer

zu Regierungsräten

Landesbaubehörde Ruhr

Regierungsdirektor H. Steinbach
zum Leitenden Regierungsdirektor

Regierungsrat J. Muhle
zum Oberregierungsrat

Polizeipräsident — Bonn —

Oberregierungsrat G. Steckhan
zum Regierungsdirektor

Polizeipräsident — Recklinghausen —

Erster Staatsanwalt H. G. Obluda
zum Leitenden Regierungsdirektor

Landesfeuerweherschule

Städtischer Oberbrandrat H. Moll
zum Regierungsbranddirektor

Es sind versetzt worden:

Landesrentenbehörde

Regierungsdirektor H. Steinbach zur Landesbaubehörde Ruhr

Regierungspräsident — Aachen —

Regierungsvizepräsident J. Ruwe zum Regierungspräsidenten in Münster

Regierungsdirektor Dr. C.-P. Salzmann zum Regierungspräsidenten in Münster

Regierungspräsident — Arnsberg —

Oberregierungsrätin I. Stegelmeyer zum Regierungspräsidenten in Münster

Oberregierungs- und -vermessungsrat H. Wirtz zum Oberkreisdirektor des Ennepe-Ruhr-Kreises

Regierungspräsident — Detmold —

Regierungsrat W. Held zum Chef der Staatskanzlei

Regierungspräsident — Düsseldorf —

Oberregierungsrat J. Grafe zum Kultusminister

Regierungsrat A. Mecklenbeck zum Landesamt für Besoldung und Versorgung Nordrhein-Westfalen

Regierungspräsident — Köln —

Leitender Regierungsdirektor Dr. W. Wirsdorf zum Innenminister

Oberregierungsrat W. Manner zum Regierungspräsidenten in Arnsberg

Regierungs- und Vermessungsrat D. Stolze zum Regierungspräsidenten in Düsseldorf

Regierungspräsident — Münster —

Leitender Regierungsdirektor A. Benker zum Regierungspräsidenten in Detmold

Regierungsrat H. Engel zum Minister für Wissenschaft und Forschung

— MBl. NW. 1971 S. 900.

Landesrechnungshof

Es sind ernannt worden:

Oberamtsrat W. Neuhunger
zum Regierungsrat

Oberamtsrat F. Kolck
zum Regierungsrat

Oberamtsrat G. Gebhard
zum Regierungsrat.

— MBl. NW. 1971 S. 901.

Hinweise**Inhalt des Gemeinsamen Amtsblattes des Kultusministeriums und des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen****2. Sonderheft — April 1971**

(Einzelpreis dieser Nummer 5,20 DM zuzügl. Portokosten)

**Verzeichnis der genehmigten Schulbücher für die allgemeinbildenden Schulen
für das Schuljahr 1971/72**

1. Grundschule, Hauptschule, Sonderschule

01 Evangelische Religionslehre	3*
02 Katholische Religionslehre	3*
03 Deutsch	4*
04 Geschichte/Politik	8*
05 Erdkunde	9*
06 Biologie/Physik/Chemie	10*
07 Mathematik	11*
08 Musik	13*
09 Englisch/Niederländisch	14*
11 Sachunterricht	15*
12 Arbeitslehre	15*

2. Realschule

01 Evangelische Religionslehre	16*
02 Katholische Religionslehre	16*
03 Deutsch	16*
04 Geschichte/Sozial- und Wirtschaftskunde	17*
05 Erdkunde	18*
06 Biologie	19*
07 Englisch	20*
08 Französisch/Niederländisch	20*
09 Mathematik	21*
10 Physik	22*

11 Chemie	22*
12 Musik	22*
13 Hauswirtschaft	23*

3. Gymnasium

01 Evangelische Religionslehre	24*
02 Katholische Religionslehre	24*
03 Deutsch	25*
04 Sozialkunde/Politik	27*
05 Geschichte	27*
06 Erdkunde	28*
07 Philosophie/Erziehungswissenschaft	29*
08 Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	29*
09 Lateinisch	29*
10 Griechisch	31*
11 Englisch	31*
12 Französisch	32*
13 Russisch/Spanisch/Niederländisch	33*
14 Mathematik	34*
15 Physik	36*
16 Chemie	36*
17 Biologie	37*
18 Kunst	38*
19 Musik	38*
20 Hauswirtschaft	38*

3. Sonderheft — April 1971

(Einzelpreis dieser Nummer 1,60 DM zuzügl. Portokosten)

Verzeichnis der genehmigten Schulbücher für die berufsbildenden Schulen für das Schuljahr 1971/72

4. Berufsbildende Schulen**4.1 Gemeinsame Fächer für alle Fachrichtungen**

01 Evangelische Religionslehre	3*
02 Katholische Religionslehre	3*
03 Bürgerkunde und Gemeinschaftskunde	3*
04 Deutsch	4*
05 Geschichte / Politik	4*
06 Geographie	5*
07 Englisch	5*
08 Französisch	6*
09 Spanisch	7*
10 Mathematik	7*
11 Physik — Chemie	7*
12 Soziologie, Sozialpolitik	8*

4.2 Gewerbliche Fachrichtung

20 Wirtschaftskunde / Wirtschafts- und Betriebslehre	8*
22 Fachkunde / Technologie / Anwendungstechnischer Fachbereich der Technikerschulen	8*
26 Gestaltungslehre	12*

**4.3 Hauswirtschaftlich-sozialpflegerische Fachrichtung und
Sozialpädagogische Fachrichtung**

30 Betriebswirtschaftslehre — Betriebslehre	12*
---	-----

31 Ernährungslehre — Nahrungsmittellehre	12*
32 Nahrungszubereitung	13*
33 Hauswirtschaftliche Fachkunde, Werkstoffkunde und Übungen	13*
34 Textillehre und Übungen	13*
35 Gerätekunde — Maschinenkunde	14*
36 Gesundheitslehre / Hygiene	14*
38 Pädagogik, Heilpädagogik und Psychologie	14*
39 Musik	14*
39I Kunstbetrachtung	15*
39II Spielpflege	15*
39III Kinder- und Jugendliteratur	15*
39IV Zeichnen und Werken	15*
39VI Turnen mit Kindern	15*

4.4 Kaufmännische Fachrichtung

40 Betriebswirtschaftslehre	15*
41 Volkswirtschaftslehre	16*
42 Buchführung und Statistik	16*
44 Fachkunde	17*
47 Organisationslehre	19*

4.5 Landwirtschaftliche Fachrichtung

50 Landwirtschaftliche und gartenbauliche Fachkunde	19*
---	-----

Stellenausschreibung

Justizminister

Stellenausschreibung für das Verwaltungsgericht in Düsseldorf

Es wird Bewerbungen entgegengesehen um
1 VGRat-Stelle
beim Verwaltungsgericht in Düsseldorf.

Bewerbungen sind innerhalb einer Frist von 2 Wochen auf dem Dienstwege einzureichen.

Bewerber, die nicht bei den Gerichten der allgemeinen Verwaltungsgerichtsbarkeit des Landes Nordrhein-Westfalen beschäftigt sind, reichen das an den Justizminister des Landes Nordrhein-Westfalen zu richtende Gesuch bei dem Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts in Münster ein.

— MBl. NW. 1971 S. 904.

Landschaftsverband Rheinland

Bekanntmachung des Landschaftsverbandes Rheinland

Betrifft: 6. Tagung der 5. Landschaftsversammlung

Die 5. Landschaftsversammlung Rheinland ist zu ihrer 6. Tagung auf

Montag, den 24. Mai 1971, 10 Uhr,
nach

Köln, Rathaus, Großer Sitzungssaal im 1. Stock,
einberufen worden.

Tagesordnung

1. Verpflichtung neuer Mitglieder
2. Anfragen an die Verwaltung
3. Ergänzungswahlen zu den Ausschüssen
4. Neufassung der Geschäftsordnung der Landschaftsversammlung des Landschaftsverbandes Rheinland und ihrer Ausschüsse
5. Dritte Änderung der Satzung der Rhein. Zusatzversorgungskasse für Gemeinden und Gemeindeverbände
6. Nachtragshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1971
7. Trägerschaft für Sonderschulen für Behinderte
8. Landschaftliche Kulturpflege aktuell

Köln, den 10. Mai 1971

Der Direktor
des Landschaftsverbandes Rheinland

Dr. h. c. K l a u s a .

— MBl. NW. 1971 S. 904.

Einzelpreis dieser Nummer 1,80 DM

Einzellieferungen nur durch den August Bagel Verlag, Düsseldorf, gegen Voreinsendung des vorgenannten Betrages zuzügl. 0,30 DM Versandkosten auf das Postscheckkonto Köln 85 16 oder auf das Girokonto 35 415 bei der Westdeutschen Landesbank, Girozentrale Düsseldorf. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.) Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer bei dem August Bagel Verlag, 4 Düsseldorf, Grafenberger Allee 100, vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, Elisabethstraße 5. Druck: A. Bagel, Düsseldorf; Vertrieb: August Bagel Verlag, Düsseldorf. Bezug der Ausgabe A (zweiseitiger Druck) und B (einseitiger Druck) durch die Post. Ministerialblätter, in denen nur ein Sachgebiet behandelt ist, werden auch in der Ausgabe B zweiseitig bedruckt geliefert. Bezugspreis vierteljährlich Ausgabe A 15,80 DM, Ausgabe B 17,— DM.

Die genannten Preise enthalten 5,5 % Mehrwertsteuer.